

# Bündnis fordert Modellprojekt für Langzeitarbeitslose

Sozialverbände, Wirtschaft und Gewerkschaften werben gemeinsam für öffentlich geförderte Beschäftigung

Von unserem Redakteur  
Jürgen Paul

**HEILBRONN** Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben – dieses Ziel hat sich ein breites Bündnis aus Heilbronner Sozialbetrieben, Wirtschaftskammern und Gewerkschaften gesetzt. Unter dem Namen „Lokaler Konsens“ hat die Initiative beim Bundesarbeitsministerium ein Modellprojekt zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen beantragt. Hintergrund ist die deutliche Reduzierung von Ein-Euro-Jobs durch die Jobcenter (wir berichteten).

*„Unterm Strich ist es billiger für die Gesellschaft.“*

Rolf Blaettner

**Arbeitgeber** Es ist mehr als nur Symbolik, dass die Aufbaugilde als treibende Kraft der ungewöhnlichen Koalition in die Räume des Arbeitgeberverbandes/Südwestmetall eingeladen hatte, um das Projekt vorzustellen. Denn deren regionaler Geschäftsführer Rolf Blaettner unterstützt die Forderung von Aufbaugilde, Arkus und der Diakonie nach öffentlich geförderter Beschäfti-

gung. „Es gibt Menschen, die sind nicht dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar“, sagte Blaettner. Um diese Menschen müsse sich die Gesellschaft kümmern. „Alles andere ist ein Rumgeschubse von Maßnahmen in die Arbeitslosigkeit und wieder zurück.“ Es gehe auch um die Würde dieser Menschen, betonte der Arbeitgebervertreter.

Das sogenannte Heilbronner Modell richtet sich an Menschen über 25 Jahre, die für den ersten Arbeitsmarkt nicht in Frage kommen. Es sieht vor, dass Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird. Mit Modell-

rechnungen will die Initiative belegen, dass es volkswirtschaftlich sinnvoller ist, eine Stelle zu finanzieren statt Hartz IV. „Unterm Strich ist es billiger für die gesamte Gesellschaft“, ist Rolf Blaettner überzeugt. Für ihn wie auch für Aufbaugilde-Geschäftsführer Reiner Knödler ist es wichtig, dass Langzeitarbeitslose einen „ordentlichen Arbeitsvertrag“ bekommen. Dann fließe durch die Sozialversicherungsabgaben auch



Furcht vor der Arbeitslosigkeit: Für zahlreiche Ein-Euro-Jobber gibt es aufgrund des Sparkurses der Jobcenter keine Arbeitsgelegenheiten mehr. Foto: dpa

wieder eine Summe von knapp 500 Euro monatlich zurück in die öffentliche Hand.

Weiterer Baustein des Projekts ist eine marktnahe Beschäftigung mit dem Ziel, einfache Tätigkeiten im Land zu halten. Marco Schönberger, Bereichsleiter bei der Aufbaugilde, sieht die Gefahr, dass die Arbeitsplätze in der Industrie, die bislang von Ein-Euro-Jobbern besetzt wur-

den, künftig von ausländischen Arbeitskräften erledigt werden oder komplett ins Ausland abwandern.

**Keine Konkurrenz** Auch bei einem heiklen Punkt herrscht Einigkeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung sei keine Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung. Dies verhindere die Abstimmung der Partner im lokalen Konsens, betonten IHK,

## ■ Hintergrund

### Argumente

Die DGB-Regionsvorsitzende Silke Ortwein ist optimistisch, dass Heilbronn das Modellprojekt bekommt. Vor allem der lokale Konsens, der bundesweit einmalig sei, und die Wirtschaftsstärke der Region nennt sie als wichtige Argumente. „Wo soll es denn funktionieren, wenn nicht hier?“, fragt Ortwein. Zudem laufe ja bereits das vom Land geförderte Programm „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, das sich zum Ziel gesetzt hat, Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen. In der Region ist die Resonanz auf PAT bislang allerdings eher bescheiden. jüp

Handwerkskammer und Arkus-Geschäftsführerin Birgitt Wölbing.

Ob Heilbronn die Chance bekommt, das Heilbronner Modell als Erfolgsmodell für ganz Deutschland umzusetzen, liegt nun an der Politik. Unter anderem hat der Heilbronner CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl zugesichert, beim Bundesarbeitsministerium für das Pilotprojekt zu werben.